

BKO

Beitrags- und Kassenordnung (Stand 25. März 2009)

I. Beitragsordnung

§ 1 Mitgliedsbeitrag

(1) Der Monatsbeitrag für alle Mitglieder beträgt 1 Prozent des auf den Monat umgelegten Nettoeinkommens des Mitgliedes, mindestens jedoch 10,- € im Monat. Der Mindestbeitrag kann auf formlosen schriftlichen Antrag des

Mitgliedes an den Vorstand für ein Jahr ermäßigt werden,

1. für Mitglieder mit einem Nettoeinkommen unter 1.000,- € oder für Mitglieder, die einen Düssel-Pass besitzen bzw. berechtigt sind einen Düssel-Pass zu erhalten, auf 7,50 € im Monat,
2. für Mitglieder ohne Einkommen, wie SchülerInnen und Studierende auf 5,- € pro Monat.

(2) In besonderen Härtefällen kann der Vorstand weitere Ermäßigungen des Mindestbeitrages verfügen.

Der schriftliche Antrag auf Ermäßigung des Mindestbeitrages ist jährlich erneut zu stellen.

§ 2 Beiträge der MandatsträgerInnen

(1) MandatsträgerInnen sind neben ihrem Mitgliedsbeitrag nach § 1 zur Zahlung weiterer Beiträge (Mandatsbeiträge) verpflichtet, die in ihrer Mandatsträgerschaft begründet liegen.

(2) MandatsträgerInnen im Sinne der Beitrags- und Kassenordnung sind Mitglieder, die

1. ein Ratsmandat wahrnehmen,
2. als sachkundige BürgerInnen Vollmitglieder, beratende Mitglieder oder stellvertretende Mitglieder einem Ausschuss des Stadtrates angehören. Als Ausschuss des Stadtrates im Sinne dieser Beitrags- und Kassenordnung gilt auch jedes andere Gremium, welches sich ganz oder überwiegend aus vom Stadtrat benannten oder entsandten VertreterInnen zusammensetzt und für das Aufwandsentschädigungen gewährt werden, die den Aufwandsentschädigungen für Ratsausschüsse vergleichbar sind,
3. Mitglieder der städtischen Bezirksvertretungen sind.

(3) Der/die BürgermeisterIn führt an die Partei 850,- €/p.M. ab.

(4) Der/Die Fraktionsvorsitzende führt 825,- €/p.M. (bei bis zu 10 Ratsmitgliedern), 1.230,- €/p.M. (bei mehr als 10 Ratsmitgliedern) an die Partei ab.

- (5) Der/die StellvertreterIn führt 365,- €/p.M. (ab 10 Ratsmitgliedern) an die Partei ab.
- (6) Ratsmitglieder zahlen einen monatlichen Mandatsbeitrag von 280,- € an die Partei.
- (7) Sachkundige Bürgermitglieder zahlen 50 % von ihren erhaltenen Entschädigungen an die Partei. Die maximale Abgabe ist auf 1.000,- € pro Jahr begrenzt.
- (8) Alle anderen MandatsträgerInnen zahlen 42 % ihrer pauschalen Mandatseinnahmen.
- (9) Aufsichtsratsmitglieder und Mitglieder in sonstigen Gremien spenden 50 % ihrer Entschädigungen.
- (10) MandatsträgerInnen haben die ihnen von der Stadtverwaltung zugegangenen Abrechnungsunterlagen über gewährte Aufwandsentschädigungen im Kalenderjahr spätestens bis zum 15. Februar des Folgejahres beim Vorstand einzureichen.
- (11) MandatsträgerInnen die nicht Parteimitglieder sind, sollen durch den Vorstand dazu angehalten werden, die für Mitglieder geltenden Regelungen auf freiwilliger Basis zu befolgen.
- (12) § 1 Abs. 2 findet auf Mandatsbeiträge zweckentsprechende Anwendung.

Mandatseinnahmen, Sitzungs- und Aufsichtsratsgelder, sowie pauschale Kostenerstattungen unterliegen der persönlichen Steuerpflicht, gemäß der jeweils gültigen Steuergesetzgebung des Kalenderjahres in dem die Gelder gezahlt wurden, abzüglich der in diesem Kalenderjahr gültigen Freibeträge.

§3 Sonderbeitrag und Umlagen

- (1) Die Mitgliederversammlung kann im Kalenderjahr einmalig mit 2/3 Mehrheit der abgegebenen Stimmen einen Sonderbeitrag in Höhe eines monatlichen Mitgliedsbeitrages beschließen.
- (2) Umlagen von Aufwendungen des Kreisverbandes auf die Mitglieder sind unzulässig.

§4 Fälligkeit und Zahlung

- (1) Mitgliedsbeiträge gemäß § 1 sind zum 1. eines jeden Monats fällig. Mandatsbeiträge gemäß § 2 sind zum 15. des Folgemonates fällig.
- (2) Der Kreisverband kann durch das Mitglied zum Bankeinzugsverfahren berechtigt werden. Dabei kann das Mitglied bestimmen, ob der Einzug quartalsweise, halbjährlich oder jährlich erfolgen soll (Zahlungsperiode). Bei Mandatsbeiträgen nach § 2 kann in besonderen Ausnahmefällen ein monatlicher Einzug erfolgen. Der Einzug erfolgt bei

1. quartalsweiser Zahlungsweise zu Beginn des jeweiligen Quartals des Jahres,

2. halbjährlicher Zahlungsweise zu Beginn des ersten und dritten Quartals des Jahres.

3. bei jährlicher Zahlungsperiode zu Beginn des ersten Quartals des Jahres.

(3) Werden Lastschriftaufträge durch das Kreditinstitut des Mitgliedes nicht eingelöst, so sind die dadurch entstehenden Kosten dem Mitglied zu belasten.

§ 5 Mahnverfahren

(1) Ist ein Mitglied mit mehr als einem Monatsbeitrag rückständig, so ist es zu mahnen. Mit der ersten Mahnung wird das Mitglied in Verzug gesetzt.

(2) Ist ein Mitglied mit mehr als drei Monatsbeiträgen in Verzug, so gilt dies nach Ablauf eines Monats nach Zustellung der dritten Mahnung als Austritt. Das Mitglied ist spätestens mit der zweiten Mahnung auf diese Rechtsfolge hinzuweisen.

(3) Unterlässt ein Mitglied die Mitteilung an den Kreisverband über einen Wechsel der postalischen Anschrift, so gelten Mahnungen, die an die letzte, dem Kreisverband bekannte postalische Anschrift versandt werden, als zugestellt.

(4) Der Kreisverband kann die Kosten der Mahnung dem Mitglied belasten. Die erste Mahnung ist immer kostenfrei.

II. Kassenordnung

§ 6 Haushaltsplan

(1) Der Vorstand erstellt zu Beginn eines Jahres für ein Kalenderjahr (Haushaltsjahr) einen Haushaltsplan, der der Mitgliederversammlung spätestens am 30. März eines jeden Jahres zur Beschlussfassung vorgelegt wird.

(2) Für den Zeitraum zwischen Jahresbeginn und der Beschlussfassung des Haushaltsplanes werden die Ansätze des letztjährigen Haushaltsplanes fortgeschrieben.

(3) Der Vorstand bewirtschaftet die im Haushaltsplan veranschlagten Mittel, sofern der Haushaltsplan nicht ausdrücklich etwas anderes vorsieht.

§ 7 Finanzberichterstattung

(1) Der Vorstand ist zur Finanzberichterstattung verpflichtet. Der Finanzbericht erfolgt für das Vorjahr spätestens zum Zeitpunkt der Beschlussfassung über den Haushalt des laufenden Jahres.

(2) Der Finanzbericht umfasst mindestens die Bilanz, die Einnahme- und Ausgabeberechnung, den Haushaltsbericht, die Mitteilung über die ordnungsgemäße Leistung der Mandatsbeiträge und den Bericht der RechnungsprüferInnen.

§ 8 Stadtteilgruppen

(1) Stadtteilgruppen kann auf Antrag an den Vorstand eine beschränkte Finanzautonomie eingeräumt werden.

(2) Stadtteilgruppen, denen eine bestimmte Finanzautonomie nach Abs. 1 eingeräumt wird, sind zur Führung von Büchern nach zweckentsprechender Anwendung der für den Kreisverband geltenden Regelungen verpflichtet.

§ 9 Kostenerstattung

(1) Aufwendungen, die Mitgliedern oder anderen beauftragten Personen bei der Wahrnehmung von Ämtern, Mandaten oder Aufgaben entstehen, können nach Maßgabe einer Kostenerstattungsordnung erstattet werden.

(2) Beschließt der Kreisverband keine Kostenerstattungsordnung, so gilt die Kostenerstattungsordnung des Landesverbandes in der jeweils gültigen Fassung in zweckentsprechender Anwendung.

(3) Der Kreisverband beschließt für die Kostenerstattung des Kreisvorstands eine gesonderte Kostenerstattungsordnung.

§ 10 Schlussvorschriften

Diese Beitrags- und Kassenordnung ist Bestandteil der Satzung.

Sie wurde auf der Mitgliederversammlung am 25. März 2009 beschlossen und setzt die vorhergehende Kassen- und Beitragsordnung außer Kraft.

Kostenerstattungsordnung Vorstand

Der gewählte Kreisvorstand von Bündnis 90/Die Grünen Düsseldorf übernimmt die Interessenvertretung der Mitglieder. Die dadurch entstehenden Unkosten der einzelnen Vorstandsmitglieder können wie folgt erstattet werden:

1. Fahrtkosten mit dem PKW werden mit 30 Ct/km vergütet
2. Auslagen wie Briefmarken, Bewirtung usw. werden nach Vorlage der Belege abgerechnet.
3. Telefonkosten werden erstattet nach Vorlage der Einzelgesprächslisten und in Ausnahmefällen durch eine 20-Prozentige pauschale Vergütung der nachgewiesenen Monatsrechnungen.
4. Kinderbetreuungskosten während der Vorstandssitzungen oder einer Vorstandsklausur werden nach Vorlage eines entsprechenden Nachweises erstattet.